4 Fragen an

Für jedes Kind ein Ganztagesplatz

Die Initiative „Mehr für Care“ kritisiert beim Ausbau der Nachmittagsbetreuung ein „Kompetenzwirrwarr“auf Kosten der Eltern.

Elisabeth Klatzer
Ökonomin

1 Die Initiative „Mehr für Care“ forderte eine zusätzliche Milliarde für Ganztagesschulen und qualifizierte Nachmittagsbetreuung. Wie könnte die Milliarde eingesetzt werden? Jedes Kind hat ein Recht auf eine bestmögliche Ausbildung und Betreuung. Das muss auch bedeuten, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, eine Ganztagesschule im Umfeld zu besuchen. Das muss raschest umgesetzt werden: für Investitionen und Ausbau im Jahr 2022. Geredet wurde schon zu lange. Das Geld ist da: Statt der unnötigen Senkung der KöSt (Körperschaftssteuer), die uns alle 800 Millionen pro Jahr kostet, könnte das Geld auch ökonomisch sinnvoller in die Ganztagesschulen investiert werden. Die positiven wirtschaftlichen Wirkungen sind um ein Vielfaches höher.

2 Wo sehen Sie die Knackpunkte in der Nachmittagsbetreuung? Im Kompetenzwirrwarr bremsen abwechselnd Landes- und Bundespolitikerinnen und -politiker sowie Behörden. Absurd, dass sich widersprechende Ziele festgelegt wurden. Land- und Bundvereinbarungen sehen bis 2022 das Ziel von 40 Prozent Betreuungsquote vor; vor zwei Jahren wurde per Gesetz (Bildungsinvestitionsgesetz, Novelle 2019) das ohnehin zu geringe Ziel von 40 Prozent auf weitere 15 Jahre hinausgeschoben – bis 2033. Ein Skandal auf dem Rücken der Kinder und betreuenden Eltern.

3 Es bahnt sich ein Personalmangel in der Nachmittagsbetreuung an. Freizeitpädagogen sind schlecht bezahlt, was nun? Das Ziel ist höchste Qualität in der Ganztagesschule, nicht nur Betreuung, sondern wertvolle pädagogische Arbeit und Freizeitgestaltung müssen im Vordergrund stehen. Und das muss uns was wert sein. Das Ziel ist gleich wertvolle pädagogische Arbeit wie am Vormittag mit entsprechender Bezahlung.

4 Was gilt es im ländlichen Raum zu beachten? Wir sehen ein starkes Stadt-Land-Gefälle im Angebot an Ganztagesschulen. In Tirol liegt der Anteil der Ganztagesbetreuung bei rund der Hälfte des österreichischen Durchschnitts. Da ist viel zu tun. Dem Angebot folgt die Nachfrage. Das heißt, jetzt sofort ist auch auf dem Land das Angebot auszubauen – und nicht zu warten, bis sich ausreichend (15) Kinder anmelden. Die derzeitige Regelung verhindert eine vorausschauende Planung für die Eltern und perpetuiert die krasse Unterversorgung am Land.

Das Interview führte Sabine Strobl

Foto: Klatzer

Zähes Ringen um Betreuungsplätze

Chats hin, Budget her. In Tirol steigt der Bedarf an Nachmittagsbetreuung an den Pflichtschulen. Eltern müssen weiter für Plätze kämpfen.

Von Sabine Strobl

Innsbruck – Eltern in Wattens sind erleichtert. Seit Beginn des Schuljahres gibt es eine schulische Nachmittagsbetreuung an der Mittelschule, berichtet Christiane Götz, Präsidentin des Landes-Elternverbandes Tirol. Sie ist zuständig für den öffentlichen Pflichtschulbereich. Sechs Kinder waren im September angemeldet. Mittlerweile besuchen 20 Kinder die Nachmittagsbetreuung, für die derzeit ein junger Lehrer und ein Freizeitpädagoge im Einsatz sind. In der Nachmittagsbetreuung der Volksschule sind im Schnitt 40 Kinder angemeldet.

„Die Möglichkeit auf eine schulische Nachmittagsbetreuung sollte selbstverständlich sein. Eltern sollten nicht dafür kämpfen müssen“, sagt Götz. Eltern melden einen klaren Bedarf an einer leistbaren ganzjährigen Tages- und Nachmittagsbetreuung an und diese sollte nahtlos von der Kinderkrippe bis zum Ende der Mittelschule möglich sein. „Derzeit wird es mit zunehmendem Alter der Kinder schwieriger, einen Betreuungsplatz zu finden“, erklärt die Elternvertreterin. Wenn es um die Qualität der Betreuung geht, wünschen sich Eltern eine Kontrolle der Handynutzung am Nachmittag, Bewegungsspielraum und einen Aufenthalt im Freien. Auch die Weiterführung des Pilotprojektes des Landes wäre wichtig, so Götz.

In einem 2020 veröffentlichten Bericht des Zentrums für Verwaltung und Forschung (KDZ) über die Tagesbetreuung an Pflichtschulen wird Tirol als Schlusslicht angeführt. Wie die Bildungsdirektion auf *TT*-Anfrage informiert, bieten derzeit 161 von 503 Pflichtschulen eine Nachmittagsbetreuung an (Bei den AHS-Unterstufen sind es 12 von 19). Heuer kamen drei Standorte dazu. Rund 6800 von 59.800 Schülerinnen und Schülern nehmen das Angebot derzeit in Anspruch.

Bildungslandesrätin Beate Palfrader rechnet „grundsätzlich mit einer Zunahme des Bedarfs“. Leicht rückläufige Anmeldungen ließen den Trend erkennen, dass Gemeinden statt der schulischen Tagesbetreuung auch Hortplätze einrichten.

Ein Problem bei der Einrichtung der Betreuung liegt darin, dass ein Standort ab 15 Anmeldungen eine schulische Tagesbetreuung oder einen Hort verpflichtend anbieten muss. Ab sieben Anmeldungen kann die Betreuung aber schon starten. Palfrader: „Die Bildungsdirektion ist darum bemüht, Gemeinden, in denen ein Betreuungsangebot nicht verpflichtend notwendig ist, davon zu überzeugen, sich dafür zu entscheiden.“

In Tirol besuchen 12 Prozent der Pflichtschulkinder eine Nachmittagsbetreuung an der Schule. Foto: iStock